

Aktionsplan Inklusion und Demographie (Landkreis Regensburg)

Ort: Landratsamt Regensburg, Kleiner Sitzungssaal

Datum und Uhrzeit: 01.06.16, 17:00 - 19:00 Uhr

1. Treffen Arbeitsgruppe Arbeit & Beschäftigung

Teilnehmer: 18

- Bründl-Ziske, Margit (Agentur für Arbeit Regensburg)
- Fehr, Thomas (Sozialteam)
- Feuerer, Johann
- Haas, Dr. Eva (KJF Werkstätten gGmbH)
- Huber, Maria (ZBFS Regensburg)
- John, Michael (BASIS-Institut)
- Kammerl, Thomas (Regensburg inklusiv)
- Magin, Anna (Bezirk Oberpfalz)
- Mellar, Winfried (IHK Regensburg)
- Mooser, Karl (Landratsamt – Sozialabteilung)
- Pichlmeier, Bettina (BBSB Regensburg)
- Riepl, Christoph (Landratsamt Regensburg)
- Rusch, Marianne (DRV Bund)
- Sobe, Manina (ifd Oberpfalz)
- Spreitzer, Wenzel (Bezirksverband der Gehörlosen Oberpfalz e.V.)
- Tiedemann, Elena (BASIS-Institut)
- Weinbeck, Friedrich (Lebenshilfe)
- Zaglauer, Horst (Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz)

Tagesordnungspunkte:

1	Begrüßung durch Herrn Mooser	1
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Michael John	2
3	Diskussion	2
4	Verabschiedung durch Herrn Mooser	12

1 Begrüßung durch Herrn Mooser

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Herr Mooser, Leiter der Sozialabteilung des Landratsamts Regensburg, die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe Arbeit und Beschäftigung des Aktionsplans Inklusion und Demographie und bedankt sich für deren Erscheinen. Anschließend gibt er das Wort an Michael John, Geschäftsführer des projektbegleitenden BASIS-Instituts, weiter.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Michael John

Herr John zeigt zunächst eine Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen aus der Arbeitsgruppe Arbeit und Beschäftigung der Auftaktveranstaltung in Neutraubling, welche der erste große Schritt zur Erstellung des Aktionsplans Inklusion und Demographie im Landkreis Regensburg war. Die Präsentation enthält unter anderem in den Arbeitsgruppen der Auftaktveranstaltung benannte Stärken/Schwächen, wichtige Fragen und Probleme sowie konkrete Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung von Inklusion im Bereich Arbeit und Beschäftigung. Anschließend skizziert er kurz den Rahmen der Veranstaltung: Demnach ist geplant, den Aktionsplan Inklusion und Demographie im Landkreis Regensburg bis Ende des Jahres in einem stufenweisen Prozess fertigzustellen. In der heutigen ersten Sitzung soll durch die Beiträge der Teilnehmenden zunächst eine Bestandsaufnahme der Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten im Landkreis im Bereich Arbeit und Beschäftigung entstehen. Dabei sollen auch die guten Erfahrungen aus „Regensburg-Inklusiv“ Gehör finden. Daraufhin werden die angesprochenen Punkte geordnet und in der darauffolgenden, zweiten Sitzung der Arbeitsgruppen in konkrete Maßnahmenvorschläge umgewandelt. Auf Grundlage der ersten beiden Arbeitsgruppensitzungen entsteht dann ein Entwurfstext von 7-10 Seiten, in dem die bisher herausgearbeiteten Probleme und anzugehenden Maßnahmen im Bereich Arbeit und Beschäftigung benannt werden. Dieser Entwurf wird den TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen ca. zehn Tage vor der dritten Arbeitsgruppenrunde vorgelegt. In der dritten Arbeitsgruppenrunde können dann Ergänzungen und Umformulierungen in das Papier eingearbeitet werden. Anschließend wird der Entwurfstext an die Sozialverbände, die Verbände der Menschen mit Behinderung (MmB), die Vereine, die Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderung und an die Abteilungen im Landratsamt versendet, welche daraufhin finale Veränderungswünsche formulieren können. Bevor der Text schließlich dem Kreistag vorgelegt wird, wägt eine Redaktionsgruppe unterschiedliche Perspektiven ab, um zu einem einheitlichen, möglichst widerspruchsfreien Papier zu gelangen.

3 Diskussion

In der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist in dieser ersten Sitzung noch völlig beliebig. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

Probleme bei Verbreitung der Informationen trotz versierter fachlicher Dienste

Zunächst meldet sich Frau Rusch, Rehabilitationsberaterin vom DRV Bund, zu Wort. Sie spricht die Servicestelle von der DRV Bayern Süd an, an die sich Menschen mit Behinderung wenden können. Diese Servicestelle könne Ansprechpartner herausfinden und als Koordinator tätig sein. Seit einiger Zeit gibt es aber auch einen Firmenservice für die Arbeitgeber. Dieser werde immer mehr von den Firmen genutzt. Allerdings sei der Link dazu nur auf der Webseite der DRV verlinkt. Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts merkt an, dass dieser Link auf einer Homepage genannt werden sollte, die alle Informationen für Menschen mit Behinderungen im Landkreis bündelt. Frau Sobe vom ifd Oberpfalz nimmt Bezug auf einen ähnlichen Service, den des Integrationsfachdienstes. Diesen gebe es bereits seit 2005 und dieser ist zuständig für die gesamte Oberpfalz. Er dient als Ansprechpartner für Arbeitnehmer mit Behinderung. Es gebe bereits so viele Informationen für Menschen mit Behinderung. Sie hält es für Zeitverschwendung, noch eine weitere Broschüre zu erstellen. So gebe es bereits einen niedrigschwelligen Beratungsdienst und es seien auch alle Beratungsdienste miteinander koordiniert. Sie kenne beispielsweise alle Werkstätten in der Oberpfalz. Herr John teilt die Meinung, dass fachlich bereits vieles vorhanden sei. Trotzdem seien weiterhin Probleme vorhanden: Ein Problem sei beispielsweise, dass man mit einer großen Vielfalt von Informationen konfrontiert werde. Deswegen sei bei der Informationsverbreitung eine Struktur wichtig. Es wird das Fallbeispiel eines schwerbehinderten Studenten diskutiert, der ein Praktikum sucht. Dieser könne bei dieser Problemlage maximal die Studienberatung aufsuchen. Ein anderes genanntes Beispiel das angeführt wird ist ein Mensch mit Behinderung in Rente. Dieser könne sich maximal bei retex (Regensburger Initiative zu Schaffung von Arbeitsplätzen für psychisch kranke und behinderte Menschen e. V.) melden. Nicht alle Beratungsangebote sind also für alle Informationssuchenden zugänglich. Das Recht auf Arbeit gelte aber für alle Menschen, man müsse solche Lücken schließen. Herr John schließt an, dass es bereits sehr viel versierte Hilfen gebe, er sehe aber auch dass viele Informationen bei den Betroffenen noch nicht ankämen. Man müsse noch einige qualitative Schritte bei der Informationsaufbereitung und -zugänglichkeit gehen, wie zum Beispiel die Informationen auf einer Homepage besser vernetzen. Daraufhin wirft Horst Zaglauer, Betriebsberater der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz ein, dass es bereits einen engen Kontakt zu den Firmen gebe. Er sei noch nicht so lange bei „Regensburg-Inklusiv“, aber es sei unglaublich, wie viel es alles gebe. Dies sei schwierig zu überblicken. Dennoch ist er der Meinung, dass ein weiterer Flyer

oder eine weitere Internetseite nicht gebraucht werden. Dabei müsse die Frage gestellt werden, ob entweder das Ziel mehr Transparenz für die Arbeitnehmer oder mehr Transparenz für die Firmen erreicht werden solle. Viele Firmen würden bei einer Ausweitung der Informationen schreiend davonlaufen. Man müsse nicht nochmal bei null anfangen. Es gebe zum Beispiel einen Flyer mit Anlaufstellen. Er schildert dennoch ein Beispiel, bei dem es schwierig in der Zusammenarbeit mit einem Unternehmen war. Dort hätten sie gesagt, man brauche nicht einen Ansprechpartner für alle, sondern z.B. die Handwerksammer für Handwerksberufe, eventuell mit Unterstützung des ifd. Es gebe weiterhin viele Befindlichkeiten und Konkurrenzen zwischen den verschiedenen Institutionen.

Frau Magin vom Bezirk Oberpfalz knüpft an, dass es bereits viele Beratungsstellen gebe, aber auch die Verbreitung dieser Informationen wichtig sei. Ferner müsse man um die Vermittlungschancen zu steigern mehr von Arbeitgeber-Seite aus denken und weniger von Seiten der Menschen mit Behinderung. Nur so sei eine Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt möglich. Für sie bedeute Inklusion auch, möglichst viele Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Herr John widerspricht, dass nicht alle Menschen mit Behinderung voll arbeitsfähig seien. Herr John gibt zu bedenken, dass man aber auch die Menschen mit Behinderung, die nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt ankommen, berücksichtigen müsse. Allerdings gebe es laut Frau Magin auch für die Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ohne Förderung bestehen können, gezielte Förderungen. Herr Kammerl von „Regensburg-Inklusiv“ argumentiert, dass das eine das andere nicht ausschließen würde. Es müsse eine Plattform geben, wo man sich austauschen könne. Gemäß seinem Standpunkt bräuhete man nicht mehr Infos, sondern eine radikale Vereinfachung, sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer. Herr Mellar von der IHK Regensburg stimmt zu, dass es eigentlich alles gäbe, aber davon oft keiner wisse. „Otto Normalunternehmer“ sei nicht informiert über die Fördermittel. Man müsse die Informationen deswegen immer und immer wieder verbreiten. Es sei zudem nicht möglich, alle Menschen mit Behinderung aus Werkstätten unterzubringen. Der Normalfall sei auch, dass Menschen erst im Laufe ihres Lebens behindert würden. Dann müsse man Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Durch gute Erfahrungen des Arbeitgebers mit der Unterstützung bei der Absicherung von Arbeitsplätzen würden dann möglicherweise weitere Menschen mit Behinderung eingestellt werden. Herr Fehr vom Sozialteam, (zugleich Sprecher des PSAG und der Steuerverbände) dankt zunächst für die Möglichkeit an der Veranstaltung teilzunehmen. Er ist auch der Meinung, dass viel

gesprächen würde, aber dass es fraglich sei, ob die Hilfe auch ankomme. Laut ihm könne es gar nicht genug Gremien geben. Dies heiße aber nicht, dass auch alle Menschen mit Behinderung automatisch auf dem ersten Arbeitsmarkt ankommen können. Er führt psychisch kranke und suchtkranke Menschen an, deren Zahl in den Werkstätten exponentiell gestiegen sei. Es gebe nicht die richtige Lösung oder einen einzigen Ansatz. Bisher gebe es einen Mangel an ausreichenden Zuverdienstarbeitsplätzen. Dies widerspreche dem Recht auf Teilhabe. Schwierig sei dies auch für die ifd's, weil diese auch den passenden Arbeitsmarkt benötigen würden auf den sie vermitteln können. Insgesamt plädiere er für einen weiteren Blick, dass man auch die Lage der unterstützungsbedürftigsten Menschen in die Diskussion einbezieht. Frau Magin fügt hinzu, dass 50 Prozent vom ersten Arbeitsmarkt ausgehend in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) gehen würden, aber danach auch wieder viele dort ausscheiden. Herr John bestätigt, dass es eines weiteren Blickes bedürfe. Es erfordere flexiblere Lösungen. Als Negativbeispiel nennt er die Stundengrenzen. Wer pro Woche nicht mindestens 15 Stunden arbeiten könne, erhält keine Unterstützung von der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter (mehr). Ferner weist er darauf hin, dass es gerade bei psychisch kranken Menschen wenig Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungsmöglichkeiten gäbe, und somit hier eine Lücke bestünde. Herr Kammerl wirft ein, dass sich jeder bei der Initiative „Regensburg-Inklusiv“ aufgenommen fühlen sollte.

Formulierung messbarer Ziele

Herr John fragt nach, ob es bei der Initiative Regensburg-Inklusiv Ziele die SMART definiert sind geben würde. Herr Kammerl führt aus, das Ziel sei generell das Schaffen von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung. Das Schaffen von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung geschehe in dem Tempo, wie Arbeitsmarkt und Wirtschaft arbeiten. Herr John betont, dass er sich mehr messbare Ziele wünschen würde, um schließlich auch die Erfolge messen zu können. Er tritt dafür ein messbare Ziele im Rahmen der Erstellung des Aktionsplans Inklusion für den Landkreis Regensburg zu formulieren und findet mit dieser Einstellung Unterstützung von Frau Magin.

Unterstützung durch technische Möglichkeiten am Arbeitsplatz

Daraufhin meldet sich Herr Spreitzer vom Bezirksverband der Gehörlosen Oberpfalz e.V. Er kritisiert, dass sich viele Gehörlose bereits bei der Bewerbung auf dem ersten Arbeitsmarkt scheitern würden, da sie nicht telefonieren können. Dabei gebe es

inzwischen Techniken, die Telefonie ermöglichen. So gebe es beispielsweise Bildtelefonie oder Gebärdensprachdolmetscher, die sogar vom Integrationsdienst gezahlt würden. Ferner gebe es im Internet Dolmetscherdienste, die täglich von acht bis 18 Uhr erreichbar seien. Dabei könne man die Dolmetscher aus dem Internet zuschalten und es werde simultan per Video übersetzt. Dieses System wird bereits vom Bezirk von fünf bis sechs Leuten genutzt, aber im Landkreis Regensburg noch nicht. Es wird eingeworfen, dass die Telekom zum Teil schon damit arbeiten würde. Insgesamt sieht er den technischen Fortschritt als großen Vorteil. Lediglich die Aufklärung würde fehlen. Deshalb wünscht er sich, dass diese Informationen bei Arbeitgebern und bei Gehörlosen mehr Verbreitung finden. Frau Sobe erwidert, dass es beim ifd bereits eine gehörlose Mitarbeiterin gäbe. In Bälde solle sogar in jedem Regierungsbezirk in Bayern eine Person mit Hörbehinderung als MitarbeiterIn angestellt sein. Sie lobt die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, die dem ifd gehandicapte Personen zuweisen würden. Die Zusammenarbeit laufe sehr konstruktiv und immer im Sinne der Betroffenen. Die Niedrigschwelligkeit sei da. Es wird eine im Mai stattgefundene Veranstaltung mit der Handwerkskammer hervorgehoben, bei der sehr viele interessierte Personaler aus dem Landkreis anwesend gewesen seien. Das Problem sei vielmehr, dass es keine geeigneten Arbeitnehmer geben würde und dadurch das Interesse vonseiten der Arbeitgeber wieder einschlafen würde. Frau Magin wirft ein, dass es bereits ein Erfolg sei, wenn die Menschen, die in der Arbeit sind, ihren Arbeitsplatz behalten können. Hier sei dann ein Abstieg in eine WfbM problematisch.

Angemessene Werbung in Kommunen und Schaffung von Außenarbeitsplätzen

Herr Weinbeck von der Lebenshilfe ist der Meinung, dass Kommunen sich mehr bzgl. der Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung engagieren sollten. Er verweist auf eine im November stattgefundenen Sitzung im Landratsamt. Dort seien viele Bürgermeister aus dem Landkreis gewesen. Diese würden aber manchmal so tun, als ob sie vom Bedarf Arbeitsangebote für Menschen mit Behinderungen zu schaffen nichts wissen würden. Man müsse in den Behörden den Gedanken der Inklusion implementieren. Das Landratsamt erfülle bereits die Beschäftigungsquote. Er plädiert für eine Übererfüllung dieser Quote. Herr John verweist auf aktuelle Befragung der Kommunen im Landkreis. Er geht davon aus, dass durchaus noch Chancen bestehen würden, manche Nischen noch zu nutzen. Eine weitere Möglichkeit bestünde darin, Außenarbeitsplätze zu schaffen. Herr Weinbeck weist darauf hin, dass die Lebenshilfe

schon Außenstellen geschaffen habe, z. B. in einer Schlosserei. Man müsse die Vorbilder mehr hervorheben und auch in den Kommunen publik machen. Mund-zu-Mund-Propaganda sei hierfür ein probates Mittel. Daraufhin schlägt Herr John noch einen anderen Weg der Verbreitung vor, nämlich den von integra MENSCH aus Bamberg. In einer Plakat-Aktion hat beispielsweise der Landrat seine Kleidung mit einem Maler mit Behinderung getauscht und umgekehrt. Dies sei eine gute Möglichkeit, um in der Öffentlichkeit für Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu werben. Frau Sobe stuft dieses Projekt als nicht inklusiv ein und bezeichnet es als Augenwischerei. Die Leute aus dem Beispiel würden ihrer Meinung nach letztendlich eher im Putzdienst arbeiten. Junge Leute würden nicht in die Werkstatt wollen, sondern auf den ersten Arbeitsmarkt. Frau Magin verteidigt integra Mensch, indem sie es als eine Möglichkeit von vielen einstuft. Frau Sobe ist der Meinung, dass der Weg fortschrittlicher sein solle. Frau Magin stimmt zu, dass Regensburg inklusiv bereits mehr und vielseitiger sei. Herr John unterstreicht, dass das Ziel von integra MENSCH das öffentliche werben für eine Unterbringung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsplatz sei. Dies sei aber auch ein Ziel von Regensburg inklusiv.

Zielgruppenspezifische Ansätze

Es wird eingeworfen, dass die Diskussion zu sehr ohne Struktur verlaufe: Ein Behinderter könne hochqualifiziert sein, aber könne auch nur für einen Hilfsdienst qualifiziert sein. Herr John gibt zu bedenken, dass die Strukturierung erst in den nächsten Sitzungen stattfinden solle und heute alle potenziellen Themen offen angesprochen werden könne.

Herr Mellar ist der Meinung, dass man gar nichts erreiche, wenn man alles wolle. Es gebe seiner Meinung nach arbeitsmarktbezogen insgesamt vier Gruppen von Menschen mit Behinderung, die man fallgruppenbezogen bearbeiten müsse: eine große Gruppe von Menschen, die die Behinderung erst im Laufe ihres Lebens erwirbt; von Geburt an Behinderte ohne Chancen auf den ersten Arbeitsmarkt, mit Arbeitmöglichkeit in WfbM; eine dazwischenliegende Gruppe; und eine schwer fassbare Gruppe von Menschen mit psychischer Behinderung mit Leistungshochs und -tiefs. Herr Fehr begrüßt den Ansatz, die gesamte Bandbreite anzusprechen. Für ihn sei die Definition von Behinderung, dass Menschen vor Teilhabebarrieren stünden. Es liege also nicht an dem Menschen, sondern an der Gesellschaft. Menschen seien nicht in leistungsfähig und nicht leistungsunfähig zu unterteilen. Es gebe bereits positive Beispiele bei Süchtigen, die auf dem Arbeitsmarkt wieder aufblühen würden. Herr John

unterstreicht, dass nicht die Verwertbarkeit von Menschen für den Arbeitsmarkt als einziges Kriterium im Vordergrund stehen solle. Er zitiert die damalige Arbeitsministerin von der Leyen: „Wenn es genug Arbeitsplätze gibt, hat jeder Arbeit.“ Das entspreche aber nicht der Realität. Dauerhaft geförderte Arbeit werde von der Politik verweigert.

Ziele und Ideen des Aktionsplans

Frau Bründl-Ziske von der Agentur für Arbeit Regensburg geht davon aus, dass das Formulieren „smarter“ Ziele schwierig sei. Die verpflichteten Entscheidungsträger säßen eventuell gar nicht am Tisch und Außenstehende können nicht verpflichtet werden. Das Ziel von „Regensburg-Inklusiv“ sei ein positiveres Klima zu schaffen. So würden Zeitungen bereits über unterschiedliche Lebensentwürfe berichten. Auf diese Weise werde das Thema selbstverständlicher. Das Chaos mit den Zuständigkeiten sei nicht zu ändern. Herr John lobt, dass durch Regensburg inklusiv bereits ein besseres Klima und größeres Interesse für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung erreicht worden sei. Bei dem nun angestrebten Aktionsplan handle es sich keinesfalls um eine Entwertung von „Regensburg-Inklusiv“, sondern einen Weg mit anderen Schwerpunktsetzungen. Man wolle realistische und konkrete Ziele formulieren und erreichen. Ferner wolle man mit allen 41 Bürgermeistern zusammenarbeiten und nächstes Jahr im Rahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts Bürgergespräche führen. Frau Magin befürwortet konkrete Ziele, da man dadurch die Schritte zur Erreichung des Ziels gut planen könne. Herr Zaglauer möchte nochmal genau wissen, was der Aktionsplan beinhaltet. Herr John erläutert, dass die Idee von Aktionsplänen in Bayern relativ neu sei. In Baden-Württemberg gebe es eine Zuständigkeit in Bezug auf die Eingliederungshilfe bei den kreisfreien Kommunen und Landkreisen, in Bayern sei es relativ neu, dass sich die kreisfreien Städte und Landkreise um konkrete Planungen bemühen würden. Diese Planungen sind aber sinnvoll, da nur jeder 13. Mensch mit Behinderung Kontakt zu Bezirk habe. Der Aktionsplan sei noch nicht mit Geld hinterlegt. Auf die Frage, ob das gut durchfinanziert sei, weist Herr John z.B. auf den Aktionsplan des LK München hin. Dabei seien 350 Menschen beteiligt gewesen. Die Ergebnisse finden daher auch in der Umsetzung viel Unterstützung. Vieles wurde dort nach der Planung bereits angepackt. Im LK Regensburg sei die Landrätin in Bezug auf die Belange von Menschen mit Behinderungen sehr engagiert und man hoffe, den Kreistag weiter für das Thema zu sensibilisieren. Herr Mooser fügt hinzu, dass es sich hier erst um den fünften Workshop handle. In jedem themenbezogenen Workshop würden unterschiedliche Ziele formuliert, sowohl für Kommunen als auch für den Landkreis.

Man müsse überlegen, was möglich sei. Man habe eine enorme Energie reingesteckt und werde das auch weiter fortführen. Man müsse aber die konkreten Ziele und Schwerpunkte, die für den Landkreis Regensburg passen, erst finden. Die Ergebnisse dieses Prozesses stünden noch nicht fest. Die eigentliche Arbeit würde erst nach dem Beschluss des Aktionsplans beginnen. Herr Kammerl stimmt zu, dass es zunächst wichtig sei, die Leute zu sensibilisieren. Der Weg zur Inklusion sei es, das Thema Inklusion zu verbreiten. Er habe positive Erfahrungen beim Ansprechen von Leuten gemacht. Herr Mooser stimmt zu, dass das Leben in der Gemeinschaft stattfinde. Der Kreistag habe einstimmig und parteiübergreifend für die Etablierung eines Aktionsplans gestimmt.

Kündigungsschutz

Die Vertreterin vom Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenverbund Regensburg (BBSB) berichtet von ihrer Erfahrung, früher privat und nun im öffentlichen Dienst angestellt zu sein. Dort gebe es einen anderen Kündigungsschutz. Sie bekomme Beispiele mit, dass die Privatwirtschaft mit den Behinderten machen würde, was sie wolle. Frau Sobe entgegnet, dass die Privatwirtschaft mit Menschen mit Behinderung genauso wie mit allen verfare. Die Probezeit sei sehr wichtig, weil es sonst ein zu großes Risiko für Arbeitgeber und -nehmer geben würde. Dem wird entgegnet, dass Menschen mit Behinderung mehr leisten müssen. Frau Huber vom Integrationsamt im ZBFS betont, dass der Kündigungsschutz oft ein Hinderungsgrund für die Arbeitgeber sei. Sie hätten sonst die Sorge, die Arbeitnehmer nicht mehr loswerden zu können. Man dürfe ihnen die Chance nicht nehmen, kündigen zu dürfen. Außerdem hätten Schwerbehinderte immer einen gewissen Kündigungsschutz. Herr John bestätigt, dass Menschen mit Behinderung häufig selbst keinen Kündigungsschutz wollen. Er verweist auf Dänemark als Positivbeispiel. Dort gebe es insgesamt weniger Kündigungsschutz und mehr Förderungen zur Qualifizierung und der Suche nach neuen Arbeitsmöglichkeiten. Insgesamt haben die Dänen weniger Sorge vor Arbeitsplatzverlust. Es wird entgegnet, dass die Lohnersatzhöhen in Dänemark höher seien. In Frankreich gebe es ebenfalls andere Kündigungsrechte, und junge Leute würden es dort schwerer haben, in den Arbeitsmarkt reinzukommen. Herr John ist der Ansicht, dass ein zu starker Fokus auf den Kündigungsschutz schwierig sei, da über den Kündigungsschutz allein nicht entschieden wird, wie viel Beschäftigung auf- oder abgebaut wird.

Förderung einer stärkeren Vernetzung

Frau Magin regt an, das Lokale Bündnis für einen inklusiven Arbeitsmarkt die Arbeit mehr noch in die Diskussion einzubinden. Dabei stellt sich die Frage, welche Themen man einbringen solle. Frau Sobe verweist auf das im Mai stattgefundenere Treffen, bei dem auch das Landratsamt eingeladen war. Die Idee dabei war, dass Teilnehmer einer Maßnahme den Bürgermeister*innen selbst von ihren Erfahrungen erzählen. Dadurch solle den Bürgermeister*innen die Angst genommen werden. Ferner strebe man durch Jobcoaching mehr Menschen mit Behinderung in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen an.

Pläne zur Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen

Herr John erkundigt sich, ob es konkrete Forderung wie z. B. Lohnkostenzuschüsse gebe. Frau Huber geht davon aus, dass immer Ausgleiche möglich seien. Geld sei häufig gar nicht das Problem, sondern die Fehlzeiten. Diese würden von den Arbeitgebern negativ wahrgenommen. Lohnkostenzuschüsse gebe es und könne es geben, solange das Arbeitsverhältnis bestehe. Frau Sobe erklärt, dass es im Konzept mehrere Phasen gebe: Qualifizierung, Stabilisierung etc. und dass bei jedem Schritt jemand vor Ort sei. Herr Kammerl betont, dass zwei Sachen für das Gelingen entscheidend seien: miteinander sprechen und jemanden als Backup für die Unternehmen bei Problemen zur Verfügung stellen. Wichtig sei, den Unternehmen das Gefühl zu vermitteln, dass jemand da ist. Herr John möchte wissen, ob jemand bei Verlassen einer WfbM Chancen auf eine Rückkehr hat. Frau Magin erklärt, dass dies nicht das grundlegende Problem sei. Das eigentliche Problem liege in einem Scheitern auf dem ersten Arbeitsmarkt, weil dann der Rentenanspruch verfallende. Frau Rusch bestätigt, dass der Schritt aus der Werkstatt als Risiko wahrgenommen wird und viele Angst haben, ihre Rechte zu verlieren.

Leiharbeit in Zeitarbeitsfirmen

Herr Spreitzer interessiert die Frage, wie es mit der Situation der Leiharbeit aussehe würde. Viele Gehörlose und andere Menschen mit Behinderung hätten damit zu kämpfen. Es gebe viele Zeitarbeitsfirmen, bei denen sich Gehörlose bewerben. Bewerbungen auf dem ersten Arbeitsmarkt würden häufig ins Leere gehen. Er möchte wissen, ob es hierfür gesetzliche Regelungen gibt. Frau Sobe hebt Zeitarbeitsfirmen gerade im Jugendbereich als eine mögliche „Eintrittskarte“ in den ersten Arbeitsmarkt hervor. Sie sehe darin kein besonderes Problem. So sei beispielsweise die

Zeitarbeitsfirma Randstad sehr offen. Sie habe damit gute Erfahrungen gemacht und ihr seien keine Probleme bekannt. Frau Rusch bestätigt, dass viele große Firmen, wie z.B. Krones, Blinde über Zeitarbeitsfirmen einstellen. Die Menschen mit Behinderung würden wie normale Arbeitnehmer behandelt. Sie denkt, dass Zeitarbeitsfirmen eine Chance darstellen. Allerdings hätten auch viele Menschen Angst, weiter verliehen zu werden. Große Firmen würden die Mitarbeiter aber häufig behalten.

Daten über Menschen mit Behinderung und Beschäftigung

Herr Mellar möchte gerne wissen, ob es statistische Daten über Behinderte und Beschäftigungen gibt. Frau Bründl-Ziske weist darauf hin, dass aufgrund des Datenschutzes diese Daten nicht einmal intern erfasst würden. Herr John erklärt, dass es allgemein schwierig sei, an solche Daten zu kommen. Die Statistiken für die verschiedenen Institutionen würden getrennt erfasst. Diese Statistiken der Institutionen würden vor allem diejenigen erfassen, die keine Arbeit haben. Herr Mellar plädiert dafür, Bürgermeister zu motivieren. Dies könne man mithilfe eines Verweises auf Wählerstimmen der Menschen mit Behinderung erreichen. Immerhin machen mit 11-12 Prozent die Menschen mit Behinderung einen wichtigen Teil der Einwohner aus. Herr John merkt an, dass die Behinderung über den Grad der Behinderung (GdB) erfasst würde und dies eine sehr medizinische Auslegung sei. Johanna Bräu, Regionalmangerin im Landkreis Regensburg, wirbt dafür, keine Spezifizierungen oder Einteilung in Gruppen vorzunehmen. Die einzelnen Behinderungen seien nicht von größter Wichtigkeit. Bei „Regensburg-Inklusiv“ sei es das Ziel, Unternehmen zu motivieren, zielgruppengerecht zu vermarkten.

Abschluss der Diskussion

Herr John bedankt sich für die lebendige Diskussion. Er verweist auf die nächste Sitzung, bei der konkret auf Basis der sortierten Themenfelder diskutiert werden soll.

4 Verabschiedung durch Herrn Mooser

Herr Mooser beendet die Arbeitsgruppensitzung und bedankt sich für die Teilnahme und intensiven Diskussionen. Er weist darauf hin, dass es in der Kürze der Zeit schwer sei, alle Entscheidungsträger zu überzeugen. Aus diesem Grund wünscht er sich Unterstützung der Anwesenden bzw. von allen Personen, besonders denjenigen an Schnittstellen. Er verweist auf die 2. Runde der Arbeitsgruppe Arbeit und Beschäftigung, die am 28.06.16 um 17:00 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Landratsamts Regensburg stattfinden wird.

Für das Protokoll

Elena Tiedemann

Michael John

BASIS-Institut